

Vortritt für den Wirtschaftsverkehr

FDP-Kantonsrat Gaudenz Zemp fordert eine neue Kategorie von Verkehr. Dieser soll gezielt bevorteilt werden.

Marc Benedetti

Gaudenz Zemp – auch Direktor des kantonalen KMU- und Gewerbeverbands – bringt eine ungewöhnliche Idee aufs Tapet: Er will eine neue Kategorie von Verkehr einführen. Der sogenannte Wirtschaftsverkehr solle im Interesse der Luzerner Bevölkerung als eigenständige Kategorie behandelt werden. Dies fordert Zemp in einem eben eingereichten Postulat.

«Die Luzerner Regierung wird beauftragt zu prüfen, wie sie den Wirtschaftsverkehr auf Schiene und Strasse verstärkter priorisieren kann», heisst es darin. Der Horwer Kantonsrat begründet die Forderung damit, dass die Verkehrsinfrastruktur im Kanton Luzern bereits jetzt an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt sei. Bis 2040 würde ein zusätzlicher Bedarf von 30 Prozent erwartet.

Aller Individualverkehr in einen Topf geworfen

Um diesem starken Wachstum zu begegnen, soll laut dem Willen des Kantons unter anderem der Verkehr auf der Strasse verstärkt durch flächeneffiziente Verkehrsmittel (wie Busse) bewältigt werden. «Die kantonalen Konzepte sehen vor, dass diese wenn nötig auf Kosten des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) priorisiert werden», schreibt Zemp, «durch diese Benachteiligung des MIV soll die angestrebte Umlagerung gezielt gefördert werden. Diese Strategie ist für den Freizeitverkehr wenigstens teilweise nachvollziehbar.» Zemp stört sich daran, dass in den kantonalen Konzepten nur in «Verkehrsträgern» gedacht wird und nicht der Zweck der Fahrten berücksichtigt wird. Da der «Wirtschaftsverkehr» in der Planung unter dem Thema MIV zusammengefasst ist, trä-



Busspuren könnten laut dem FDP-Postulat von Lieferanten genutzt werden.

Bild: shutterstock

fen ihn die gleichen Benachteiligungen und Umlagerungsmassnahmen wie den Freizeitverkehr. «Dies obwohl er einen wichtigeren Zweck hat und nicht auf den ÖV umgelagert werden kann. Dieses ungewollte Zurückstufen der Effizienz des Wirtschaftsverkehrs widerspricht den volkswirtschaftlichen Interessen des Kantons.»

Mit Wirtschaftsverkehr, sagt Gaudenz Zemp auf Anfrage des ZT, meint er beispielsweise die Fahrten von Lieferanten und Handwerkern zu den Kunden. «Der Arbeitsweg der Mitarbeiter ist damit nicht gemeint und müsste ausgeschlossen werden.» Es wäre die Aufgabe des Kantons, dies genauer zu definieren und abzugrenzen. «Wenn eine Firma beispielsweise eine Waschmaschine von Türe zu Türe bringt, wäre das Wirt-

schaftsverkehr.» Zemp findet es nicht fair, wenn solche Fahrten beispielsweise mit einer Spritztour oder einem Ausflug gleichgestellt werden, für die man auch den öffentlichen Verkehr benutzen könne.

Zudem sei der Wirtschaftsverkehr in der Regel bereits flächeneffizient organisiert. «Die Unternehmen setzen aus ökonomischen und ökologischen Gründen die jeweils kleinstmöglichen Fahrzeuge ein und vermeiden Leerfahrten konsequent.»

Wirtschaftsverkehr mit Bus-Verkehr gleichsetzen

Die Transporte könnten auch nicht mit Bussen ausgeführt werden. Damit sei der Wirtschaftsverkehr konzeptionell von seiner Qualität und Ökologie her mit dem Bus-Verkehr

gleichzusetzen. «Es ist deshalb zu prüfen, ob er nicht mit den ähnlichen Mitteln wie der ÖV gezielt priorisiert werden kann. Dies könnte beispielsweise für digitalisierte Lichtsignale gelten oder für die Benutzung von separaten Busspuren.»

Im Planungsbericht Mobilität im Kanton Luzern (ZuMoLu) fänden sich bereits sinnvolle Ansätze. Nun soll die Regierung beauftragt werden zu prüfen, wie man den Wirtschaftsverkehr auf der Strasse und der Schiene noch gezielter priorisieren könnte. Gaudenz Zemp hat in der ZuMoLu-Begleitgruppe mitgearbeitet und seine Ideen bereits dort eingebracht, sagt er dem ZT. «Von bürgerlicher Seite und auch beim Kanton hat man Verständnis gezeigt. Aber danach habe ich nichts mehr gehört.» Der Kantonsrat ist gleich-

«Wir vom Gewerbe fühlen uns abgestraft dadurch, dass nur ÖV und Langsamverkehr priorisiert werden sollen, unsere volkswirtschaftlich nötigen Transporte aber nicht.»



Gaudenz Zemp
FDP-Kantonsrat, Horw

zeitig Direktor des KMU- und Gewerbeverbands Luzern. «Ich habe zwei Hüte auf und vertrete auch das Gewerbe», sagt er, «mit der FDP-Fraktion habe ich meinen Vorstoss abgesprochen.»

Das Luzerner Gewerbe fühle sich abgestraft

«Wir vom Gewerbe fühlen uns abgestraft dadurch, dass nur ÖV und Langsamverkehr priorisiert werden sollen, unsere volkswirtschaftlich nötigen Transporte aber nicht.» Er findet, man müsse eine gewisse Flexibilität bei den Verkehrskonzepten an den Tag legen und nicht nur in Verkehrsträgern denken. «Der Bund überlegt sich beispielsweise auch, Busspuren für Autos freizugeben, welche mehr als eine Person transportieren», erklärt Zemp.



Zu Gast in Luzern: die deutsche Kapitänin Carola Rackete. Bild: zvg

Polit-Aktivistin weibelt für Nein

Luzern Am 15. Mai stimmt die Schweiz über den Beitrag an den Ausbau des europäischen Grenzschutzes Frontex ab. Die Schweiz muss sich als Schengen-Mitglied finanziell beteiligen. Das Parlament hat beschlossen, den Beitrag bis 2027 auf 61 Millionen Franken pro Jahr zu erhöhen. Gegen diesen Parlamentsentscheid haben Aktivisten und Basisorganisationen rund um das Migrant Solidarity Network das Referendum ergriffen. Der Grund: Frontex war wegen gewaltsamen, illegalen Push-Backs von Flüchtlingen in den Schlagzeilen. Das Luzerner «No-Frontex-Komitee» zeigte am Montag an seiner Pressekonferenz vor der Hofkirche mit der Installation eines Grenzzauns «die Folgen der Festung Europa» auf. Gast war die freiwillige Seenotretterin und Polit-Aktivistin Carola Rackete aus Deutschland. Rackete hatte 2019 libyische Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet. «Frontex steht unserer Vision einer gerechten Welt konträr gegenüber», sagte sie, «die Agentur arbeitet intransparent und veruscht regelmässig Menschenrechtsverletzungen.»

«Rechtlich ist die Sache sehr klar», sagte die Luzerner Kantonsrätin Laura Spring (Grüne). Migration sei nicht kriminell. Menschen dürften Grenzen überqueren, um in Europa einen Asylantrag zu stellen. (ben)

Frauenverein führt ab 2023 Mitgliederbeitrag ein

Die GV des Gemeinnützigen Frauenvereins Zentralschweiz diskutierte lang über das Für und Wider der Neuerung.

Erstmals nach zwei Jahren Unterbruch fand die Generalversammlung des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins Zentralschweiz (SGF) wieder persönlich statt. Die Stimmung unter den 50 Frauen war entsprechend gut – und dies, obwohl die Sektionen künftig tiefer in die Tasche greifen müssen. «Es ist total schön, euch zu sehen», sagte die Präsidentin des SGF Zentralschweiz, Ruth Aregger, zur Begrüssung. «Total schön» war auch, eine Ehrung mit Händedruck und Blumenstrauß auszusprechen zu können. Nach 18 Jahren Mitarbeit im Vorstand hatte Vizepräsidentin Elsbeth Amrein aus Malters ihre Demission eingereicht.

Präsidentinnen von Ortssektionen verabschiedet

Ruth Aregger bedankte sich bei der «unkomplizierten, zuverlässigen, lösungsorientierten, aber



SGF-Zentralschweiz-Präsidentin Ruth Aregger, die Krienser Stadtpräsidentin Christine Kaufmann (Mitte) und Regula Liembd, Präsidentin des gastgebenden Gemeinnützigen Frauenvereins Kriens. Bild: zvg

auch beharrlichen Macherin». Sie habe grosse Erfahrung und viel Sachverstand in die Vorstandsarbeit eingebracht. Verabschiedet wurde auch Martine Dubach aus Triengen, welche während zwei Jahren als Turnus-

mitglied im Vorstand mitwirkte und für einen direkten Draht zu den 18 Sektionen sorgte.

Verabschiedet wurden zudem fünf abtretende Präsidentinnen von Ortssektionen: Es sind Iris Krieger, Co-Präsidentin

des SGF Meggen; Elsbeth Amrein, Präsidentin Gemeinnütziger Frauenverein Malters; Heidi Fässler, Präsidentin frauenarth; Claudia Künzli-Roos, Co-Präsidentin Frauenimpuls Willisau; Rita Steiger, Präsidentin Frauen plus Büron/Schlierbach; Silvia Brunner, Präsidentin Gemeinnütziger Frauenverein Hochdorf. Auch sie erhielten ein grosses Dankeschön und eine persönliche Ehrung.

Ab 2023 wird erstmals ein Jahresbeitrag erhoben

Für eine intensive, aber konstruktive Diskussion sorgte die Einführung eines Mitgliederbeitrags ab 2023. Heute bietet der SGF Zentralschweiz seinen 5200 Mitgliedern kostenlose Dienstleistungen und Veranstaltungen. Zudem unterstützt er soziale Organisationen. Das führte jedoch dazu, dass das

Vereinsvermögen seit längerer Zeit abnimmt. Mit der Einführung eines Sockelbeitrags pro Sektion und eines Pro-Kopf-Beitrags soll der Vermögensabbau abgedeckt werden. Der Vorschlag des Vorstands von 100 Franken Sockel- und 30 Rappen Mitgliederbeitrag wurde intensiv diskutiert, dann aber grossmehrheitlich genehmigt. Keine Zustimmung fand der Antrag des Vorstands, den Jahresbeitrag für Einzelmitglieder auf 40 Franken festzusetzen; der Beitrag wurde auf 20 Franken festgesetzt.

Der SGF Zentralschweiz mit Sitz in Luzern ist Aktivmitglied im Dachverband Schweizerischer Gemeinnütziger Frauen SGF. Als Regionalverband vernetzt er die Sektionen in den Kantonen Luzern, Nidwalden und Schwyz. Der Leitgedanke lautet: «miteinander und füreinander!». (boa/ben)

16 Jugendliche im Kanton angezeigt

Justiz Die Jugendanwaltschaft Luzern muss einen Fall mit 16 Jugendlichen behandeln. Diese sollen 2021 in Buchrain an einem Angriff auf drei junge Männer beteiligt gewesen sein, wie die Staatsanwaltschaft mitteilte. Die drei 17-Jährigen, zwei Schweizer und ein Deutscher, waren am 20. November beim Bahnhof Buchrain von einer Personengruppe angegriffen und ausgeraubt worden. Zwei der Opfer wurden am Gesicht verletzt. Inzwischen sind 16 Jugendliche als mutmassliche Täter angezeigt worden. Sie seien 14 bis 16 Jahre alt und stammten aus Bosnien-Herzegowina, Irak, Kosovo, Kroatien, Portugal und Syrien sowie aus der Schweiz. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft sagte auf Anfrage, die Tatverdächtigen seien alles Männer. Ein Tatmotiv nannten die Tatverdächtigen nicht. Sie hätten Mobiltelefone, Geld, Uhren und Schmuck gestohlen, sagte der Behördensprecher. (sda)